

Wegbeschreibung



Veranstaltungsort

Friedrich-Ebert-Stiftung
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin-Tiergarten
Telefon 030 269356

Buslinie M 29 bis Haltestelle Hiroshimasteg
Buslinien 100, 187 bis Haltestelle Nordische Botschaften
Buslinie 200 bis Haltestelle Tiergartenstraße
Vom Hauptbahnhof
Buslinie M 41 bis Potsdamer Platz,
weiter mit Buslinie 200 bis Tiergartenstraße
Vom Flughafen Tegel
Buslinien 109 oder X9 bis Bahnhof Zoo,
dann Buslinie 200 oder 100
Parkmöglichkeiten stehen leider nicht zur Verfügung.

Verantwortlich:

Dr. Irina Mohr
Dr. Dietmar Molthagen
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Tel. 030 26935-828
Fax 030 26935-857

Organisation:

Gaby Rotthaus
Friedrich-Ebert-Stiftung
Forum Berlin
Hiroshimastraße 17
10785 Berlin
Tel. 030 26935-830
Fax 030 26935-857
forum.gr@fes.de

Konferenz

DER AUFSTAND DER ZUSTÄNDIGEN

Was kann der Rechtsstaat
gegen Rechtsextremismus tun?

Berlin, 20.3.2007



Sehr geehrte Damen und Herren,

Berichte von rechtsextremen Straf- und Gewalttaten gehören längst zur erschreckenden Seite unseres Alltags. Die Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus ist zu einer immerwährenden Aufgabe von Polizei, Verfassungsschutz und Justiz geworden. Zunehmend selbstbewusst begehen rechtsextreme Täter Rechtsverletzungen. Dies wirft die Frage auf, ob mehr oder andere rechtliche Mittel im Kampf gegen Rechtsextremismus nötig sind, um die Arbeit der staatlich Zuständigen effizient zu ermöglichen.

Diese Frage nach rechtsstaatlichem Handlungsbedarf bei der Bekämpfung des Rechtsextremismus wird derzeit auf allen Ebenen des Staates diskutiert. Höchst unterschiedlich fallen Bewertungen aus, ob in den Bereichen Versammlungsrecht, Strafrecht und Parteienrecht Handlungsbedarf besteht oder ob es eher auf die konsequente Anwendung bestehender Normen ankommt. Wie können zudem angesichts der vermehrten kommunalen Aktivitäten rechtsextremer Parteien und Organisationen Kommunen, Bund und Länder mit gemeinsamen Aktivitäten vorgehen? Brauchen wir mehr Zusammenarbeit von Verfassungsschutz, Polizei und Justiz, und wie wäre die zu gestalten? Reicht die materielle Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden, und welcher Umgang mit verurteilten rechtsextremen Straftätern im Strafvollzug ist sinnvoll?

Zu den Möglichkeiten und Grenzen des Rechtsstaats und seiner Zuständigen in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus veranstaltet die Friedrich-Ebert-Stiftung die Konferenz „Der Aufstand der Zuständigen – Was kann der Rechtsstaat gegen Rechtsextremismus tun?“ Wir wollen den Austausch von Juristinnen und Juristen, Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Behörden und Menschen aus Politik, Initiativen und Öffentlichkeit befördern und laden Sie herzlich ein, sich an den Diskussionen zu den notwendigen Antworten des Rechtsstaats und seiner Bürger zu beteiligen.

Forum Berlin

14.00 Uhr Begrüßung
Dr. Irina Mohr, Leiterin Forum Berlin, Friedrich-Ebert-Stiftung

14.15 Uhr **Impulse:**
Die rechtsextreme Herausforderung – Antworten der Politik
Dr. Ehrhart Körting, Senator für Inneres, Berlin

Verbieten, bestrafen, wegsperren:
Öffentlicher Anspruch und gesetzliche Wirklichkeit in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus
Prof. Dr. Felix Herzog, Universität Bremen, Fachbereich Rechtswissenschaften

Diskussion
Moderation: **Dr. Dietmar Molthagen**, Referent Rechtsextremismus, Friedrich-Ebert-Stiftung

15.15 Uhr Kaffeepause

15.30 Uhr **Fachforen**

Forum 1
Missbrauch des Versammlungsrechts?
Auf der Suche nach einem adäquaten
Umgang mit rechtsextremen
Versammlungen und Aufmärschen
Referenten:
Prof. Dr. Uwe Berlit
Richter am Bundesverwaltungsgericht
Lutz Brockmann, Bürgermeister
von Verden (angefragt)
Moderation:
Dr. Irina Mohr
Friedrich-Ebert-Stiftung

Forum 2
Welche Instrumente braucht eine
effektive staatliche Verfolgung
rechtsextremer Aktivitäten und
Straftaten?
Referenten:
Prof. Michael Knappe
Leiter einer Polizeidirektion, Berlin
Claudia Schmid
Leiterin Verfassungsschutz Berlin
Moderation:
Harald Baumann-Hasske
Rechtsanwalt, Bundesvorsitzender der ASJ

Forum 3
Was kommt dabei heraus?
Der Umgang mit Rechtsextremisten
im Strafverfahren und im Strafvollzug
Referenten:
Andreas Müller
Richter am Amtsgericht Bernau
Figen Özsöz
Max-Planck-Institut für ausländisches
und internationales Strafrecht
Moderation:
Anette Wilmes
Journalistin

17.00 Uhr Kaffeepause

17.30 Uhr Zusammenfassung der Foren
Dr. Dietmar Molthagen, Friedrich-Ebert-Stiftung

18.00 Uhr Podiumsdiskussion:
Welche rechtlichen Maßnahmen sind in der Auseinandersetzung mit dem Rechtsextremismus nötig?
Sebastian Edathy, MdB, Vorsitzender des Bundestagsinnenausschusses
Prof. Dr. Hans-Joachim Jentsch, Richter am Bundesverfassungsgericht a.D.
Prof. Dr. Angela Kolb, Justizministerin von Sachsen-Anhalt
Dr. Hartwig Möller, Innenministerium Nordrhein-Westfalen, Leiter der Abteilung Verfassungsschutz
Moderation: **Alfred Eichhorn**, rbb

Die Podiumsdiskussion wird für das Inforadio des rbb aufgezeichnet.

19.30 Uhr Ende der Veranstaltung